

## Niederschrift

### zur 41. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 14.02.2019	18:35 - 20:17 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jutta Bargenda,

##### Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse Vertretung für Frau Monika Fiedler,

##### CDU-Fraktion

Jürgen Teichmann,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer Vertretung für Frau Anja Miethke bis 19.40 Uhr, Kai Hamacher Vertreter für Frau Christina Krüger, Janett Seiler,

##### SPD-Fraktion

Jürgen Luban Vertretung für Frau Elke Wagner, Klaus Runge,

##### FDP-Fraktion

Petra Schumann,

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Gabriele Henschke, Jana Pade, Dr. Anya Quilitzsch bis 20.00 Uhr,

##### Verwaltung

Bürgermeister Herr Rudolph, Erster Beigeordneter Herr Wichary, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Herr Tschepe, Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit und Gleichstellungsbeauftragte Frau Trilling, Frau Stein für das Protokoll.

##### Gäste

Frau Diehr für die MOZ, 4 weitere Gäste

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet um 18.35 Uhr die 41. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Es wurde ordnungsgemäß geladen. Es sind 9 ordentliche Mitglieder und 3 sachkundige Einwohner anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in vorliegender Form festgestellt.

**Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 40. Sitzung vom 10.01.2019**

**Zustimmung Ja 4 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen der Vorsitzenden**

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die neue Sitzordnung sich nach der Anzahl der ordentlichen Mitglieder und der sachkundigen Einwohnern pro Fraktion richtet.

Sie macht auf folgende Termine aufmerksam:

- Sportlerehrung am Samstag, den 16.02.2019, ab 11.00 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses
- Grundsteinlegung für den Sozialtrakt am PneumantSportforum am Mittwoch, den 27.02.2019, ab 11.00 Uhr.

Im Namen der Anwesenden beglückwünscht die Vorsitzende Frau Miethke und Herrn Fischer zur Geburt ihres Kindes und wünscht der kleinen Familie alles erdenklich Gute.

## **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

keine

## **TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 7.1 Wahl einer Stellvertreterin/ eines Stellvertreters für den Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen**

Frau Karin Lehmann hat sich bereit erklärt, das Amt für die restliche Legislaturperiode 2014/2019 zu übernehmen. Weitere Bereitschaftsbekundungen liegen nicht vor.

Die **Vorsitzende** bittet um das Votum der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses, ob eine öffentliche Wahl durchgeführt werden kann.

**Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Anschließend bittet sie um das Votum für die Stellvertreterin.

**Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 7.2 Thema Integration**

Die Integrationsbeauftragte ist abwesend. Auf Nachfrage gibt es auch keine Anfragen an die Verwaltung.

### **TOP 7.3 Informationen zur Brandenburgischen Frauenwoche**

Die Gleichstellungsbeauftragte **Frau Trilling** informiert zur 29. Brandenburgischen Frauenwoche – „Hälfte/Hälfte – ganz einfach“ und stellt die Veranstaltungen und Aktionen anlässlich dieser vor. Am 28.02.2019 findet die landesweite Auftaktveranstaltung auf der Burg Beeskow statt. Dazu sind die brandenburgische Ministerin für Familie, Gesundheit und Soziales, die Landesgleichstellungsbeauftragte und weitere interessante Gäste geladen. Einem besonderen TOP stellt das Pariteetgesetz dar, dass Brandenburg als erstes Bundesland eingeführt hat. Es schreibt vor, dass auf den Landeswahllisten die Parteien wechselseitig Frauen und Männer aufstellen, so dass die Frauen damit die Chancen haben gleichberechtigt gewählt zu werden.

Insgesamt finden anlässlich der Brandenburgischen Frauenwoche 31 vielseitige Veranstaltungen statt.

Die Broschüre „Wann – Was – Wer – Wo“ wird allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

### **TOP 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde: Qualität der Mittagsgesamtagversorgung kontrollieren!" 6/AN/749**

Nachdem die Verkostungen und der Austausch mit den Caterern stattgefunden hat und klar ist, dass die Caterer eine zertifizierte Linie bereitstellen müssen, hat die einbringende Fraktion den Beschlussvorschlag entsprechend geändert, so **Frau Bargenda** (aktualisierter Antrag vom 13.02.2019). Danach soll der Bürgermeister beauftragt werden, die Nachweise über Mindesteinsatz, Lieferantenvträge, Schulungen und die Zertifizierungen der Caterer durch die DGE regelmäßig und unter Berücksichtigung der bei den Caterern eingehenden Rückmeldungen der Essensteilnehmer zu überwachen und der Stadtverordnetenversammlung über die Ergebnisse der Kontrollen jährlich zu berichten.

Dazu sieht der **Erste Beigeordnete** keine Notwendigkeit. Diese Nachprüfungen sind bereits mit den Caterern vertraglich vereinbart und erfolgen verwaltungsseitig im Rahmen der Stichtagsprüfungen ohnehin. Die beiden von ihm organisierten Termine haben das exemplarisch gezeigt. Im Rahmen der Stichtagsprüfungen kontrolliert die Verwaltung auch, inwieweit die Rückmeldesysteme und deren Umsetzung Beachtung finden. Ergänzend weist Herr Wichary darauf hin, dass die einzelnen Rückmeldungen von Essensteilnehmern der Verwaltung nicht vorliegen. Es gibt auch keine Grundlage, von den Caterern eine Herausgabe oder gar Aufbereitung der Rückmeldungen fordern zu können. Der geforderte Jahresbericht wäre eine Kontrolle der Kontrolle und schon aus Ressourcen Gründen fraglich. Soweit im Beschlussvorschlag außerdem schon Anforderungen für die folgenden Ausschreibungen aufgestellt werden, macht Herr Wichary darauf aufmerksam, dass die nächsten Ausschreibungen erst in sechs Jahren erfolgen.

Zusammenfassend entsteht beim Ersten Beigeordneten der Eindruck, dass hier nur ein schon seit geraumer Zeit und wiederholt behandelter Antrag gerettet werden soll.

**Herr Hamacher** konnte sich bei der Verkostung von der Qualität des Essens überzeugen und schließt sich dem Grunde nach den Ausführungen von Herrn Wichary dahingehend an.

**Frau Bargenda** schlägt vor, die Caterer zu verpflichten, ihre Ergebnisse vorzustellen, worauf **Herr Wichary** noch einmal darauf hinweist, dass die Verwaltung prüft, ob Rückmeldesysteme vorhanden sind und ob die Rückmeldungen auch Berücksichtigung finden.

Nachdem auch **Herr Runge** sich der Meinung, dass eine Kontrolle der Kontrolle nicht erforderlich ist anschließt, zieht **Herr Sachse** den Schluss, da sich die Qualität stark verbessert hat und genügend Kontrollen vorhanden sind, könnte er sich vorstellen, den Antrag zurückzuziehen.

Der Fachausschuss gibt sein Votum ab.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bürgermeister und die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, die Qualität der Menülinien regelmäßig zu kontrollieren. Dazu dient zum einen die regelmäßige Überwachung der Nachweise über Mindesteinsatz, Lieferantenverträge, Schulungen, wie es entsprechend der Ausschreibung halbjährlich verlangt wird, sowie die Vorlage der aktuellen Zertifizierungen der Caterer durch die DGE. Zum anderen werden die Informationen und Meinungen berücksichtigt, die die Caterer von den Essensteilnehmern bekommen.

In die folgenden Ausschreibungen ist diese Forderung bindend mit aufzunehmen.

Über die Ergebnisse der Kontrollen wird die Stadtverordnetenversammlung in einem Jahresbericht informiert.

Dieser Jahresbericht sollte zuvor im Fachausschuss behandelt werden.

**Ablehnung Ja 1 Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0**

#### **TOP 7.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 6/DS/731 "Gut für 6/AN/746 Fürstenwalde; Essenbeiträge in kommunalen Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten abschaffen"**

**Herr Sachse** teilt mit, dass der Beschlussvorschlag zum einen auf Grund der Haushaltssituation und zum anderen wegen dem ab 01.01.2019 in Kraft getretenen Gute-Kita-Gesetz abgeändert wurde. Er verliest den geänderten Beschlussvorschlag.

Des Weiteren berichtet er, dass ein weiteres Gesetz, Starke-Familien-Gesetz, auf den Weg gebracht wurde. Darin soll geregelt sein, dass der Bund Leistungen für den sozial schwachen Personenkreis übernimmt. Somit stehen zwei Finanzierungsquellen zur Verfügung, um die Maßnahme, „Essenbeiträge abschaffen“ für die Stadt Fürstenwalde umzusetzen.

Der Antrag bezieht sich auf die städtischen Einrichtungen. **Herr Fischer** fragt bezüglich dem Gleichbehandlungsgrundsatz nach, wie sich das mit den Einrichtungen in privater und freier Trägerschaft verhält. **Herr Wichary** kann die Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar beantworten. Der brandenburgischen Landesregierung und dem brandenburgischen Landtag obliegt es zu entscheiden, wie das Gute-Kita-Gesetz im Land Brandenburg umgesetzt wird.

Soweit der Bürgermeister beauftragt werden soll, mit dem Brandenburgischen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu verhandeln (letzter Satz des aktuellen Beschlussvorschlages), sieht der Erste Beigeordnete keine Möglichkeit für die Umsetzung, da hier Verhandlungen allein zwischen Bund und Ländern und nur zur Umsetzung des sog. Gute-Kita-Gesetzes des Bundes stattfinden. Ein Ansinnen der brandenburgischen Landesregierung, mit den Kommunen dann nochmals über eine Umsetzung im Land Brandenburg zu verhandeln, sei ihm nicht bekannt. Es bleibt abzuwarten, ob die Umsetzung in Brandenburg durch ein Gesetz des Landtages oder eine Verordnung des Bil-

dungsministeriums erfolgen wird. Erst dann wird abzuleiten sein, inwieweit die privaten und freien Träger zu berücksichtigen sind. Zum sog. Starke-Familien-Gesetz weist Herr Wichary darauf hin, dass hier seines Wissens erst ein Entwurf in den Bundestag eingebracht ist.

**Herr Hamacher** konnte dem Gute-Kita-Gesetz die Abschaffung von Essenbeiträgen nicht entnehmen.

**Herr Teichmann** ist der Meinung, dass es Vermessenheit wäre, wenn noch in dieser Legislaturperiode über diesen Antrag befunden würde werden. Diese Entscheidung sollte man der neuen Stadtverordnetenversammlung überlassen.

**Der Bürgermeister** zitiert die in dem Beschlussvorschlag aufgeführte Pressemitteilung von Familienministerin Frau Britta Ernst zunächst hinsichtlich der Zahlen, aber auch des Inhaltes. Er bittet die einbringende Fraktion die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Regierungspartei Die Linke im Landtag Brandenburg zu nutzen, um das Ansinnen mit einzubringen.

Da der größte Teil der Anwesenden weder Kenntnis vom geänderten Beschlussvorschlag (am 14.02.2019) noch von den aktuellen Gesetzgebungen haben, schlägt **Herr Sachse** vor, heute nicht abzustimmen und es als Einbringung zu werten.

#### **TOP 7.6 Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines "digitalen Marktplatzes" 6/AN/863 (City-Portal, City-App)**

Im Namen ihrer Fraktion bringt **Frau Schumann** den vorliegenden Antrag ein. Ziel ist es, Fürstenwalde ein modernes zeitgemäßes Einkaufen über das Internet zu ermöglichen. Der Arbeitsauftrag für die Verwaltung ist den Punkten 1. bis 4. des Antrages zu entnehmen.

**Herr Sachse** informiert, dass verschiedene Aspekte zu diesem Thema im Lausitz Magazin nachzulesen sind. Städte, die bereits in Umsetzung sind bzw. schon umgesetzt haben, berichten über ihre gemachten Erfahrungen. Nur wenn die ansässigen Händler mitwirken und bereit sind, ihr Angebot in ein digitales Kaufhaus einzubringen, kann dies auch in Fürstenwalde umgesetzt werden. Es ist ein Projekt bei dem es um Struktur und Zukunft des Handels und der Wirtschaft geht und das sollte nicht überstürzt, sondern gut vorbereitet sein. Ergänzend teilt **Frau Schumann** mit, dass es heute nur darum geht, das Projekt theoretisch einzubringen. Sie schlägt vor, eine Arbeitsgruppe mit verschiedenen Akteuren zu gründen, die sich mit der Umsetzung befasst.

**Herr Fischer** begrüßt das Vorhaben und schlägt vor zunächst zu prüfen, inwieweit Bedarf bei den Händlern besteht. Zu den Punkten 1. und 2. hat er die Idee, dass dies auch ein Projekt für das Innenstadtmanagement oder für Schüler der Freien Oberschule (Rahn Education) oder des Oberstufenzentrum wäre, ehe Ressourcen der Verwaltung gebunden werden.

**Herr Rudolph** dankt der einbringenden Fraktion für diesen Antrag, der sein Vorhaben, dass er bereits im Wahlkampf kommuniziert hat, aufgegriffen hat. Die Umsetzung durch das Innenstadtmanagement ist eine gute Idee, jedoch läuft dafür die Förderung zum Ende des Jahres aus. Die Sachverhaltsdarstellung ist auf die Vorbereitung des Projekts gerichtet und der Beschlussvorschlag schon auf die Umsetzung des digitalen Marktplatzes/einer City-App. Der Bürgermeister bittet um eine Klarstellung.

Daraufhin schlägt **Frau Schumann** die Abänderung des Beschlussvorschlages wie folgt vor: Satz 1 bis „...zu erstatten.“ Der restliche Teil des Satzes wird gestrichen.

Nachdem sich **Herr Hamacher** und **Frau Seiler** positiv für den Antrag ausgesprochen haben, wird dieser der Stadtverordnetenversammlung empfohlen.

**Zustimmung mit Änderung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 7.7 Beschluss über die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree 6/DS/861**

Im Namen der CDU-Fraktion kann **Herr Teichmann** noch keine Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf machen.

**Herr Hamacher** berichtet vom gestrigen Haushaltsüberwachungsausschuss, in dem bezüglich der Redezeitbegrenzungen kontrovers diskutiert wurde.

**Herr Sachse** ist Mitglied in der AG und hat an der Überarbeitung der Geschäftsordnung mitgewirkt. Die meisten Änderungen sind unstrittig. So gab es auch vermehrt Diskussion zu den Redezeiten. Der Passus „Wiederholung von Anträgen sind erst nach einem viertel Jahr möglich“ wurde gestrichen, da es in der Praxis nicht vorkam. Die Aufbewahrung der Tonmitschnitte des nicht öffentlichen Teils der Sitzungen ist im § 14 Abs. 3 (Bild- und Tonaufzeichnungen) jetzt klar definiert. Die Tonmitschnitte sind zweckgebunden und sollen der Erstellung der Sitzungsniederschriften dienen. Sind diese erstellt, gibt es keinen Grund die Tonaufzeichnungen aufzubewahren, auch wenn der Wunsch einiger Stadtverordneten hierzu besteht.

Zum Hintergrund der Regelung im § 13 Abs. 4 (Niederschriften) erläutert **Herr Wichary**, dass die Sitzungsniederschriften innerhalb von 14 Tagen nach der Sitzung im Ratsinformationsportal veröffentlicht werden sollen. Werden bei der nächsten ordentlichen Sitzung keine Einwände erhoben, gelten diese als angenommen und müssten nicht extra bestätigt werden.

Im Namen der SPD-Fraktion äußert **Herr Luban** Einvernehmen zum vorliegenden Entwurf, besonders die Festlegungen der Redezeiten, da in dieser Legislaturperiode diesbezüglich öfter Ausmaße angenommen hat.

Im gestrigen Haushaltsüberwachungsausschuss waren sich die Stadtverordneten einig, kein Votum zum Entwurf der Geschäftsordnung abzugeben, so **Herr Hamacher**. Daraufhin lässt die **Vorsitzende** diese Vorgehensweise von den stimmberechtigten Mitgliedern des Fachausschusses abstimmen. Im Ergebnis dessen sind sie mehrheitlich dafür, auf ein Votum zu verzichten.

## **TOP 7.8 Prioritätenlisten für den Haushaltsmittelbedarf der Stadt Fürstenwalde/Spree für den Zeitraum 2019 bis 2022 6/DS/872**

**Herr Wichary** bezieht sich auf die Ausführungen des Bürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2019 und erinnert an die Beauftragung des Bürgermeisters der Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung dieser Legislaturperiode einen Nachtragshaushalt für 2019 vorzulegen. Für die Haushaltserstellung ist es erforderlich, die Rangfolge der in den Listen aufgeführten Maßnahmen zu bestimmen. Denn alle Maßnahmen können im Nachtragshaushalt 2018/2019 bekanntlich nicht berücksichtigt werden. Die Rangfolge wird daher auch für die Erstellung des Haushaltsentwurfes 2020 benötigt. Herr Wichary weist darauf hin, dass eine gefundene Rangfolge nicht starr sein kann, sondern die Listen als „lebendes Dokument“ ständig änderbar sein werden. Insbesondere wird zukünftig bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen die Angabe zur Berücksichtigung in der jeweiligen Rangliste notwendig sein.

Die Stadtverordneten sind angehalten zu überlegen, mit welchem Verfahren es ihnen möglich ist, die in den Listen aufgeführten Maßnahmen in eine Rangfolge zu bringen.

Auf Nachfrage des **Herrn Sachse** bestätigt Herr Wichary, dass den vorliegenden Listen noch keine Rangfolge zu entnehmen ist. Es handelt sich um die bereits bekannten Prioritätenlisten, die lediglich um bereits im Doppelhaushalt 2018/2019 berücksichtigte Maßnahmen bereinigt sind. Soweit von Seiten der Verwaltung noch Änderungen vorzunehmen sind, werden diese wie in 2018 farbig

dargestellt. Herr Wichary strebt an, dem Ausschuss eine Woche vor der nächsten Sitzung eine für seinen Zuständigkeitsbereich aktualisierte Version mit den notwendigen Änderungen, weiteren Erläuterungen zur Verfügung zu stellen. Möglich ist auch Einzelmaßnahmen, z.B. im Kita-Bereich, zusammengefasst darzustellen. Entscheidend sind die Hinweise und Anforderungen der Stadtverordneten für die weitere Handhabung der Listen.

## **TOP 8      Informationen der Verwaltung**

### **Herr Wichary**

#### *Zuschüsse an freie und private Träger nach § 16 KitaG*

In der Verwaltung wird derzeit eine Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten in freier und privater Trägerschaft (Kita-Finanzierungsrichtlinie) erarbeitet. Ziel ist eine einheitliche Grundlage für die Zuschüsse der Stadt an die bestehenden und ggfs. noch hinzukommenden Kindertagesstätten. Herr Wichary hat die Kita-Träger beim Trägertreffen am 13.11.2018 über das Vorhaben informiert und angeboten, die Kita-Finanzierungsrichtlinie gemeinsam und im offenen Austausch zu erarbeiten. Gestern fand das erste Treffen auf Expertenebene statt, d. h. ein Treffen der Personen, die auf Seiten der Träger die Abrechnungen vornehmen und diese auf Seiten der Verwaltung überprüfen. Daran haben auch zwei Vertreter des Kita- und Grundschulbeirates teilgenommen und sich informiert. Ein zweites Expertentreffen ist im März 2019 geplant.

Mit dem Vorhaben strebt die Verwaltung eine bessere Planbarkeit der Zuschüsse und einen geringeren Aufwand bei der Be- und Abrechnung an. Es besteht die Überlegung, für bestimmte Bereiche Vereinfachungen durch Pauschalen zu erreichen. Die Richtlinie wird nach Beteiligung des Fachausschusses der Stadtverordnetenversammlung zur Verabschiedung vorgelegt werden. Es ist ein Inkrafttreten zum 01.01.2020 angestrebt.

#### *Eltern-Kind-Zentrum*

Die Lebenshilfe Oder-Spree - gemeinnützige pädagogische Gesellschaft errichtet auf dem Gelände der Integrationskita „Sputnik“ ein Eltern-Kind-Zentrum, das voraussichtlich zum 01.09.2019 eröffnet werden soll.

Herr Wichary erinnert an den Beschluss vom 10.11.2016 zur Beratungsdrucksache 6/DS/376, mit dem sich die Stadtverordneten grundsätzlich zu den Eltern-Kind-Zentren bekannt und für die Errichtung von zwei Einrichtungen entschieden haben. Die Lebenshilfe hat Anfang Januar finanzielle Förderung bei der Stadt beantragt. Weitere Unterstützungsanträge sind auch an den LOS gestellt worden. Nach ersten überschlägigen Berechnungen beträgt die Förderung für das Jahr 2019 ca. 11.000 €, die im Rahmen eines Nachtragshaushaltes eingestellt werden muss. Bereits im Oktober 2018 hat der Träger sein Konzept für das Eltern-Kind-Zentrum vorgelegt. Herr Wichary schlägt vor, dieses im Fachausschuss vorstellen zu lassen.

#### *Frage aus der letzten Stadtverordnetenversammlung: Kann die Verwaltung den freien Trägern die Nutzung des Instruments der Arbeitnehmerüberlassung untersagen?*

Einem Zeitungsartikel war zu entnehmen, dass die Rahn Education in Berlin eine Zeitarbeitsfirma nutzt, um an pädagogisches Personal zu kommen. Nach Prüfung des Sachverhaltes teilt der Erste Beigeordnete mit, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt, freien Trägern vorzuschreiben, woher sie das pädagogische Personal in ihren Einrichtungen beziehen. Soweit mit der Fragestellung ein Zusammenhang hergestellt wurde, dass im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung nur unqualifizierte Mitarbeiter gewonnen werden können, weist Herr Wichary darauf hin, dass sowohl die Betriebserlaubnis der Einrichtungen als auch die Kostenerstattung davon abhängen, dass pädagogisches Personal eingesetzt wird.

Herr Wichary ergänzte, dass das Instrument der Arbeitnehmerüberlassung auch von der Stadt Fürstenwalde/Spree als Kita-Träger bei längerfristigen Erkrankungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt wird. Bisher wurden gute Erfahrungen gemacht und teilweise auch neues Personal gewonnen.

**TOP 9      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Keine

**TOP 10    Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20.17 Uhr von der **Vorsitzenden** beendet. Sie bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 8 Seiten. Es sind 9 Tonabschnitte im System eingestellt.

Jutta Bargenda

Elke Stein

---

Vorsitzende

---

Schriftführerin